

Neue Phase der amerikanischen Aussenpolitik

Autor(en): **Fabius**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **49 (1969-1970)**

Heft 5: **Die Fremdarbeiterfrage**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162298>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Gazette de Lausanne» zum Beispiel kreierte dem Bundesrat Mangel an Logik an, weil der Bericht zwar mit aller Deutlichkeit die wachsende Realisierbarkeit, ja Wünschbarkeit eines Beitritts zur Darstellung brachte, es jedoch gleichzeitig unterliess, dem Parlament entsprechende Schlussfolgerungen vorzulegen.

Dieser Widerspruch lässt sich indessen leicht erklären: Tatsache ist zwar, dass eine wachsende Zahl von Gründen für eine Vollmitgliedschaft spricht. Tatsache ist ferner, dass die Neutralität, an der unbedingt festzuhalten ist, nicht mehr als unüberwindliches Hindernis erscheint. Doch ebenso eindeutig steht fest, dass das Misstrauen in Parlament und Volk gegenüber der «Schwatzbude» in New York noch allzu tief verwurzelt ist, als dass im Augen-

blick eine ernsthafte Chance für eine befürwortende Mehrheit im Volk bestünde. Nichts wäre indessen unwillkommener als ein negativer Volksentscheid; denn er könnte die bereits eingespielte, vielfältige Zusammenarbeit im Rahmen der Spezialorganisationen, aber auch auf der Basis der «Guten Dienste» ernstlich beeinträchtigen.

Was also hätte der Bundesrat in dieser Situation anderes tun können als das, was er getan hat: eine ganz hervorragende, sorgfältig kommentierte Dokumentation zu erstellen, um so der Meinungsbildung in Parlament und Öffentlichkeit eine sachkundige und zugleich richtungweisende Grundlage zu vermitteln?

Spectator

NEUE PHASE DER AMERIKANISCHEN AUSSENPOLITIK

Präsident Nixons Ankündigung, er werde auf einer Reise um die Welt, bei der er den wichtigsten Staaten *Asiens* einen Besuch abstattet, auf dem Rückweg auch in *Rumänien* Station machen, scheint eine neue Phase der amerikanischen Außenpolitik einzuleiten. In den asiatischen Ländern dürfte Nixon die Positionen sondieren, die sich den Vereinigten Staaten in der *Phase nach Vietnam* bieten, wobei sich der Präsident auch darüber orientieren dürfte, inwieweit das Tempo des angekündigten stufenweisen Rückzugs der Amerikaner aus Vietnam von den Verhältnissen in den übrigen Gebieten *Asiens* beeinflusst wird. Bisher wurde erst ein kleiner Teil der ersten 25000 Mann aus Südvietnam abgezogen. Von nordvietnamesischer Seite ist dieses Entgegenkommen Washingtons noch in keiner irgendwie sichtbaren Weise honoriert worden. Wer sich von der amerikanischen Geste versprochen hatte, sie werde eine Initialzündung zu einer beidseitigen De-Eskalation werden, sieht sich bis jetzt getäuscht. Bei den Verhandlungen in Paris sind keinerlei Fortschritte erzielt worden,

und es hat nicht den Anschein, als ob die Konferenz bald aus ihrer Stagnation heraus kommen wird. Diese Tatsachen werden Nixons Gespräche in den asiatischen Ländern zweifellos beeinflussen.

Affront gegen Moskau?

Noch komplexer sind die Probleme, die der Besuch des amerikanischen Präsidenten in Rumänien heraufbeschwört. Die Visite hat mehr als nur symbolischen Wert. Zum ersten Mal seit 1945 – als in Jalta Präsident Roosevelt mit Churchill und Stalin konferierte – begibt sich ein Staatsoberhaupt der USA in ein kommunistisches Land. Dass dabei gerade Bukarest als Ziel gewählt worden ist, das seit Jahren dem außenpolitischen Kurs Moskaus trotzt und eigene Wege geht, verleiht dem Besuch eine besondere Note. Die Sowjetunion hat denn auch nach anfänglichem Schweigen heftig reagiert und gegen die USA eine *Pressepolemik* entfesselt, in die auch die Organe in den osteuropäischen Satellitenstaaten

eingeschaltet wurden. Washington wurde beschuldigt, eine Politik der «Effekthascherei» zu treiben, die – so prophezeiten sowjetische Zeitungen – zu einem sicheren Fiasko führen werde.

Der Kreml ließ es jedoch nicht bei solchen verbalen Demonstrationen bewenden. Anfang Juli wurde angekündigt, ein *sowjetischer Flottenverband* werde Kuba einen Besuch abstatten. Die Absicht war, obwohl von Moskau bestritten, offenkundig – dem amerikanischen Vordringen in den Vorhof des sowjetischen Machtbereiches setzte man eine Aktion vor den Küsten Amerikas entgegen, mit dem Gedanken spekulierend, daß Kuba noch immer ein Pfahl im Fleische Amerikas sei. Erinnerungen an die Krisen von 1961 und 1962 wurden heraufbeschworen.

Washington ließ sich jedoch durch die offensichtliche Verstimmung der UdSSR nicht von seinem auf Entspannung gerichteten Kurs abbringen. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Flottenbesuches in Havanna hat Nixon die Mitglieder der Delegation ernannt, die mit den Russen Gespräche über gegenseitige *Rüstungsbeschränkungen* führen soll. Die Vereinigten Staaten leisteten damit ein Zeugnis ihren guten Willens, während von sowjetischer Seite bisher keine ähnliche Geste erfolgte, so daß es noch immer ungewiß ist, ob die Gespräche – wie es die Amerikaner erhoffen – in absehbarer Zeit tatsächlich beginnen können. Angesichts der nur schwer durchschaubaren Haltung, die die sowjetische Führung in dieser Frage bisher eingenommen hat, ist es nicht leicht zu beurteilen, ob sich die Sowjets einiges davon versprechen, dass das ganze Problem vorläufig dilatorisch behandelt wird und die ABM-Diskussion die amerikanische Innenpolitik weiter belastet. Auf der andern Seite demonstrieren die neuen Zwischenfälle im Fernen Osten Moskau drastisch die Gefahr, die ihm machtpolitisch und ideologisch von Peking droht, und es schiene nur logisch, wenn die Sowjetunion sich in dieser Situation geneigt zeigen würde, Kontakt mit den Vereinigten Staaten zu halten, auch wenn damit dem kommunistischen

China ein neuer Vorwand geliefert wird, gegen die angebliche Verschwörung sowjetischer Revisionisten mit amerikanischen Imperialisten zu polemisieren.

Unerklärter Krieg im Nahen Osten

Wenig erfolgreich hat sich bisher die Vermittlungsaktion der Grossmächte im Nahen Osten entwickelt. Die New Yorker Gespräche der Vier sind mehr oder minder zum *Stillstand* gekommen. Das Schwergewicht hat sich auf direkte sowjetisch-amerikanische Kontakte verlagert. Anfangs Juli stattete der im Staatsdepartement für Mittelostfragen zuständige Deputy Secretary, *Sisco*, Moskau einen Besuch ab. Obwohl die Öffentlichkeit über diese Gespräche nur vage und bruchstückhaft orientiert wird, scheint man heute von einer Einigung noch weit entfernt zu sein. Auf dem Rückweg nach den Vereinigten Staaten hat Sisco in Stockholm Station gemacht und dort mit Botschafter Jarring konferiert, dessen ihm von der UNO aufgetragene Vermittlungsaktion zwar praktisch gescheitert, formell jedoch noch nicht abgeschlossen ist. Nachdem auch der israelische Aussenminister *Abba Eban* bei seinem Besuch in der Schweiz mit Jarring zusammengetroffen ist, scheint es nicht ausgeschlossen, dass der Versuch unternommen wird, den Botschafter erneut als «ehrlichen Makler» zu aktivieren. Israel wäre eine solche Entwicklung, die die Gefahr einer direkten Intervention der Grossmächte verringern würde, zweifellos sympathischer als ein gemeinsamer Machtanspruch Moskaus und Washingtons, von dem es sich keine Erleichterung seiner gefährdeten Existenz erhoffen kann.

Gewissermassen als Begleitmusik zu diesen in den Kulissen geführten Unterhandlungen hat der Nahostkonflikt in den letzten Wochen eine Steigerung erfahren, die zu kriegsähnlichen Zuständen geführt hat. Am Suezkanal und am Jordan kommt es laufend zu Feuergefechten, die ägyptische und syrische Luftwaffe liefern den israelischen Flugzeugen eigentliche Luftschlachten, und innerhalb Israels und der

besetzten Gebiete wird die *Sabotagetätigkeit* intensiviert.

Israels Position ist zwar, trotz diesen harten Belastungsproben, im Augenblick noch stark. Es hat sich im Sechstagekrieg Waffenstillstandslinien erkämpft, die leicht zu verteidigen sind. Die israelische Armee und die Luftwaffe sind den Arabern an Material, Ausbildung und Kampfgeist noch immer überlegen. Aber all das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Israel das wichtigste Ziel, das es sich im Sechstagekrieg gesteckt hat, nämlich die Araber zur Aufnahme von *Friedensverhandlungen* und zur Anerkennung der Existenz Israels zu zwingen, nicht erreichte. Solange dieser politische Erfolg sich nicht einstellt, bleiben alle militärischen Siege mehr oder minder nur Stückwerk.

Regierungskrise in Italien

Am 5. Juli hat in Rom die Regierung Rumor demissioniert. Anlaß der Krise war die *Spaltung* der Sozialistischen Partei, deren gemäßigter Flügel den Trend der Partei nach links nicht mitmachen wollte. Die sozialistischen Minister traten aus dem Kabinett aus und zwangen damit die Gesamtregierung zum Rücktritt.

Kleine Ursachen haben große Wirkungen. Das Auseinanderfallen der Sozialisten hat nicht nur die Einheit der Partei zerstört, um die sich ihr Führer *Pietro Nenni* bis zum letzten Augenblick bemühte, sondern auch das ganze, mühsam aufgebaute Koalitionssystem des Centro sinistra über den Haufen geworfen. Die Regierung der linken Mitte findet nun keine ausreichende Basis mehr im Parlament, es sei denn, man öffne das Kabinett noch weiter bis zu der extremen Linken. Die Neigung dazu war bei den Sozialisten und auch bei der Democrazia Cristiana zumindest zeitweise vorhanden und hat wesentlich zur Auslösung der Krise beigetragen. Ob die Befürworter einer *Volksfront* es wagen, diesen Schritt zu tun und dafür eine Mehrheit finden werden, bleibt jedoch ungewiss.

Es ist nicht ganz klar, was die sozialistischen Führer in Italien veranlasst hat, die innerparteilichen Querelen so zu forcieren, dass der Bruch schliesslich unvermeidlich wurde. Es sind nicht einmal ganz drei Jahre vergangen, seit sich die seit 1947 getrennten Sozialisten wieder zu einer einzigen Partei zusammengeschlossen haben. Diese «Wiedervereinigung» ist seinerzeit mit grossen Erwartungen verknüpft worden, doch haben sich die Hoffnungen, damit zwischen Christlich-Demokraten und Kommunisten eine «dritte Kraft» zu etablieren, nicht erfüllt. Die Anziehungskraft der Sozialisten auf die Wählerschaft blieb gering, und die Brüchigkeit ihrer Partei war nicht dazu angetan, die Stabilität des italienischen Parteiensystems zu stärken. Möglicherweise war der Entschluß des gemässigten Flügels der Sozialisten, der Partei den Rücken zu kehren und den Partito Socialista Unitario (PSU) zu gründen, aus der Überlegung heraus erfolgt, ein Auseinanderbrechen der Zentrum-Links-Koalition würde zu einer solchen Verwirrung führen, daß die Ausschreibung von *Neuwahlen* unumgänglich sein würde. Aus einem solchen Urnengang würde – so diese Hoffnung – eine Stärkung des rechten Flügels der Democrazia Cristiana und der gemässigten Sozialisten resultieren, und damit wäre die Gefahr einer Volksfront abgewendet.

Solche Spekulationen sind nicht ganz abwegig. Seit Jahren wird das italienische Volk von schweren sozialen und politischen Krisen heimgesucht. Immer stärker erhebt sich auch auf der Apenninenhalbinsel der Ruf nach *Ruhe und Ordnung*. Sollte sich die gegenwärtige Regierungskrise in Italien zur *Staatskrise* ausweiten, so wäre es nicht ausgeschlossen, dass autoritäre Kräfte auf den Plan gerufen würden, die möglicherweise eine Lösung ausserhalb der parlamentarischen Demokratie suchten. Eine solche Entwicklung in Richtung auf die Extreme wäre nicht nur verhängnisvoll für Italien, sondern hätte ihre Auswirkungen zweifellos auf ganz Europa.

Fabius